

Afghanistan: Nach 22 Kriegsjahren Friedenschancen!

Als der Bundestag am 16. November die Teilnahme von Bundeswehrkräften an der militärischen Bekämpfung von Al Qaida Terroristen und ihren Unterstützern beschloss, da befürchteten viele, Deutschland gerate hier in einen afghanisch-amerikanischen Kriegssumpf.

Der rot-grünen Koalition war von Anfang an klar, dass solcher Art Terrorismus allein militärisch nicht wirksam bekämpft werden kann, dass die Stabilisierung eines Afghanistan nach den Taliban dabei von zentraler Bedeutung ist.

Schon Ende September 2001 wurden auf Einladung von Staatsminister Ludger Vollmer in Berlin Eckpunkte für einen Post-Taliban-Prozess diskutiert. Seitdem ist die Bundesrepublik maßgeblich an den internationalen Bemühungen beteiligt, das 22-jährige Kriegschaos einzudämmen und zum „nation building“ in einem Land beizutragen, das noch nie über eine funktionierende Zentralgewalt verfügte. Nicht von ungefähr fanden zentrale Afghanistan-Konferenzen in Deutschland statt: neben der auf dem Petersberg die der Afghanistan Support Group (Koordination der humanitären Hilfe), eine mit Akteuren der Zivilgesellschaft und Konferenzen zum Polizeiaufbau.

Als einer der ersten Staaten entsandte die Bundesrepublik hoch

erfahrene Diplomaten und Experten nach Kabul. Afghanistan wurde „Scherpunktpartnerland“ der deutschen Entwicklungshilfe.

Bis zu hundert Spezialeinheiten der Bundeswehr werden seit Januar zur Bekämpfung und Gefangennahme von Al-Qaida-Kräften und zur Aufklärung terroristischer Gefahren in Afghanistan eingesetzt. Die Soldaten des Kommando Spezialkräfte (KSK) haben besondere Einsatzerfahrung mit der Festnahme mutmaßlicher Kriegsverbrecher in Ex-Jugoslawien Sie sind im Einsatz ausdrücklich an die Normen des Kriegsvölkerrechts gebunden.

Erheblich mehr Bundeswehrsoldaten, nämlich 1.100, gehören zur International Security Assistance Force (ISAF), die gemäß Auftrag des UN-Sicherheitsrates die äußerst schwache afghanische Polizei in Kabul unterstützen soll. Bisher gelang es, in Kabul und Umgebung ein relativ sicheres Umfeld für Hilfe, Wiederaufbau, Interimsregierung und öffentliches Leben zu schaffen. Zugleich bleibt die Sicherheitslage sehr

zerbrechlich und der ISAF-Einsatz höchst riskant. Die deutsche Afghanistan-Politik setzt genau da an: durch Unterstützung der Petersberg-Konferenz, durch die Führungsverantwortung beim Aufbau der afghanischen Polizei, durch die Bereitstellung der Logistik für die große Stammesversammlung Loya Jirga, die die nächste Übergangsregierung bestimmen soll.

Für Humanitäre Soforthilfe stellt die Bundesrepublik für 2001/2 insgesamt 100,3 Mio. € zur Verfügung. Angesichts des nahenden Winters, der Luftangriffe und der Plünderung auf dem Lande musste Ende 2001 eine riesige humanitäre Katastrophe befürchtet werden. Diese konnte durch die gemeinsame Anstrengung der Internationalen Gemeinschaft abgewendet werden! Allerdings ist der Hunger damit noch nicht besiegt. Die unsichere Lag auf dem Land behindert Hilfen erheblich.

Seit Anfang 2002 kehrten ca. 440.000 Flüchtlinge zurück, nach Kabul in anderthalb Wochen allein 46.000. 800.000 weitere Rückkeh-

rer werden in diesem Jahr erwartet. Das erfordert besondere Anstrengungen bei Wiederaufbau und Wasserversorgung.

Afghanistan ist wohl das Land mit den meisten Minen. Das Mine Action Programme der VN koordiniert die Räumaktivitäten, Hilfe für Minenopfer und Aufklärungsarbeit von insgesamt 15 NGO's. Das Auswärtige Amt unterstützt die Minenräumung mit erheblichen Geldmitteln, mit Gerät und Experten

Afghanistan ist noch längst nicht in Frieden. Zu groß ist noch das Gewaltpotential von versprengten Taliban- und Al Qaida-Kämpfern, von Kriegsherren und Banden. Aber das von 22 Jahren Kriegschaos geschundene Land hat eine historisch einmalige Friedenschance. Hierzu bedarf es internationaler Hilfe mit aller Kraft.

Der Part, den die Bundesrepublik dabei spielt, ist nicht „Kriegspolitik“, sondern Politik umfassender Kriegseindämmung und Friedensförderung.